

26.2018 26.06.2018 | Jahrgang 28

Untersteller bringt Rückvergütung für Kunststoffabfälle in die Diskussion

Vorschlag zur Lösung globaler Probleme / „Duales System keine 25 Jahre“

Die Verschmutzung der Weltmeere insbesondere durch Kunststoffabfälle ist in aller Munde. Steuern und Verbote werden von der Politik in Europa vorgeschlagen. Ob diese Instrumente allerdings eine Lösung der weltweiten Problematik sein können, wird bezweifelt. Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) bringt auch deshalb einen neuen Vorschlag zum Umgang mit Kunststoffen in die Diskussion ein.

Vor allem mit Blick auf die aktuelle Diskussionen in Deutschland und Europa über eine Plastiksteuer präsentierte der Minister vorige Woche bei einer Tagung der **Kanzlei GGSC in Berlin** einen neuen Ansatz, der international übertragbar sein könnte. „Globale Probleme erfordern globale Lösungsansätze“, sagte Untersteller. 90 Prozent der Kunststoffe im Meer stammten aus zehn Flüssen, davon acht aus Asien und zwei aus Afrika.

Konkret schlug er vor, ein über die Herstellerverantwortung getragenes Vergütungssystem zu installieren, das an Sammelpunkten beispielsweise die Rückgabe von einem Kilogramm Kunststoff mit 1,0 € honoriert – unabhängig davon, ob sie aus dem Meer, Haushalt oder der Landschaft stammen. Der Minister erinnerte an das Pfandsystem für PET-Flaschen, das auf Basis einer Rückvergütung als Maßnahme gegen das Littering wirkt. Damit wären auch weltweit Projekte beim Marine Litter finanzierbar, wenn die Kunststoffhersteller ihre Kunststoffe vergütet zurücknehmen. Zusammen mit Anreizen für eine bessere Marktgängigkeit von Rezyklaten wäre das möglicherweise ein „großer Wurf“.

Untersteller betonte vorab, dass er jede Diskussion begrüße, die zu einer Lenkungswirkung hin zur Langlebigkeit und zur Abfallvermeidung sowie zu einer geordneten Entsorgung führt.

► Fortsetzung auf Seite 2

► Fortsetzung von Seite 1

Die Diskussion um die Plastiksteuer finde er zwar gut. Allerdings sollte man sich nicht zu früh alleine darauf fokussieren. Gerade wegen der Vorbildwirkung müsse sehr genau aufgepasst werden, „auf welches Pferd wir setzen“.

Der Landesumweltminister warnte auch davor, „Kunststoffe generell zu verteufeln“. Sofern Kunststoffe durch ökobilanziell schlechtere Materialien ersetzt würden, etwa im Bereich der Tüten durch Papier, helfe das der Umwelt nicht. Auch die Substitution durch Metalle oder nachwachsende Rohstoffe würde die Umweltbelastungen deutlich erhöhen. „Wir müssen sehr sorgsam aufpassen, ob und wie wir eine Lenkungswirkung erzielen – hin zu Abfallvermeidung oder nur zu ökologisch schlechteren Materialien?“ Die Lizenzgebühren im Dualen System für Verpackungen, die de facto eine Verpackungsabgabe von 80 bis 90 Cent pro Kilo seien, hätten in den letzten 20 Jahren eine Vermeidungswirkung von gleich Null gehabt. Bei einer Steuer von 1 € pro Kilo könne es nicht um Effekte, sondern nur um Einnahmeerzielung gehen, meinte der Minister weiter. Eine Abgabe, die merkliche Lenkungseffekte für den Einsatz von Rezyklaten erzielt, müsse spürbar sein und dürfe nicht im allgemeinen Preisgefüge untergehen.

In Berlin sprach Untersteller auch das gescheiterte Wertstoffgesetz an, das eine bürgerfreundliche, verständliche und vollziehbare Erfassung aller Wertstoffe gebracht hätte. Ob das Verpackungsgesetz den „kranken Patienten“ duales System heilen wird, bezweifelt der Minister: Das Gesetz sei das letzte Aufgebot, das duale

System doch noch auf Dauer am Leben zu erhalten, so Untersteller. Helge Wendenburg vom Bundesumweltministerium hatte zuvor erklärt, dass es das duale System noch die nächsten 25 Jahre geben werde, weil es dazu keine Alternative gebe. Eine politische Mehrheit, die das ändere, sieht Wendenburg nicht. Untersteller wettet dagegen: „Das dauert keine 25 Jahre. Wir kommen nicht umhin, das Thema Wertstoffgesetz erneut aufzurufen“. Es sei Nonsense, dass Bürger stoffgleiche Nichtverpackungen nicht in die gelben Tonnen und Säcke werfen dürfen. Patrick Hasenkamp, Vizepräsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), plädierte in diesem Zusammenhang für einen „Neustart“. Er hält die dualen Systeme für überflüssig. BDE-Präsident Peter Kurth geht indes nicht davon aus, dass dieses Thema in dieser Legislaturperiode auf die Agenda kommt.

In Berlin wurden mit Blick auf den Mengenbetrug bei dualen Systemen auch mehr Signale vom Bundeskartellamt gefordert. Nach Meinung von BDE-Präsident Peter Kurth spiele die Wettbewerbsbehörde derzeit eher „toter Käfer“, was zu wenig sei. Er sieht das Kartellamt allerdings in der Pflicht, im Interesse des Wettbewerbs einzugreifen, wenn Verwerfungen entstehen. Bei der Pleite des Systemsbetreibers ELS sind Helge Wendenburg zufolge auch Inverkehrbringer nicht außen vor. Die Unternehmen müssten ihre Verpackungen nachlizenzieren. Das Kartellamt habe keinen gesetzlichen Auftrag, meinte Wendenburg. Deshalb müsse darüber nachgedacht werden, dem Amt im Gesetz diesen Auftrag zu geben. □